

**Rede von Heidemarie Mundlos am 25.03.2009 in der 33. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages zum Thema:**

**Keine Blockade zulasten von Langzeitarbeitslosen - Arbeitsverwaltung jetzt zukunftsfähig machen und kommunale Verantwortung stärken!** - Antrag der Fraktion der FDP

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema liegt uns allen am Herzen. Es ist heute das vierte Mal, dass wir hier im Landtag darüber sprechen. Im Grunde besteht große Einigkeit. Das haben die Abstimmungen hier im Hause belegt. Wir wollen schnelle und unbürokratische Hilfe für Langzeitarbeitslose. Wir wollen eine zukunftsfähige Arbeitsverwaltung. Wir stehen zur Leistungsfähigkeit unserer Kommunen und zur Wahlfreiheit der Kommunen - für Option oder AR-GE. Wir wollen eine verfassungskonforme Lösung. Wir wollen das Modell der Optionskommunen fortsetzen und auf weitere Kommunen ausweiten. Genauso haben wir die Planungssicherheit für die ARGEn einschließlich der Mitarbeiter im Blick.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Matthiesen hat im November hier im Landtag gesagt, die Vorschläge des zuständigen Bundesministeriums seien völlig unbefriedigend. Diese Auffassung hat dann Staatssekretär Scheele im Dezember in Hannover bei einer Veranstaltung in der Tat verstärkt. Er hat nämlich den Eindruck hinterlassen, dass das Bundesministerium die Optionskommunen eher als Auslaufmodelle betrachtet und es sich allenfalls das Fortbestehen der existierenden vorstellen kann - aber keine neuen -, bei gleichzeitiger Voraussetzung sogenannter ZAGs, der Zentren für Arbeit und Grundsicherung.

Wenn man dann an den Evaluationsbericht denkt, stellt man fest, dass die darin enthaltenen Darstellungen unbefriedigend, unvollständig und einseitig sind. Die ARGEn werden durchaus positiver dargestellt, als es die Realität rechtfertigt.

Nun zum Konzept der Arbeitsgruppe Scholz, so will ich es einmal nennen: Es bestätigt die Befürchtung, dass die Optionskommunen zwar entfristet werden, aber keine Neugründungen nach diesem Modell zugelassen werden sollen. Das mündete, wie wir alle wissen, in die Ablehnung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ein Stück weit kann ich das sogar nachvollziehen. Da die CDU immer Anwalt der Kommunen war, kann sie mit der Behandlung des Optionsmodells nicht zufrieden sein.

Das ist für die Situation insgesamt sicherlich bedauerlich. Aber auch hier gilt - gerade bei einer so komplizierten und weitreichenden Fragestellung -: Sorgfalt vor Eile. Verlieren wir die Menschen, die Hilfeempfänger und die Mitarbeiter, nicht aus dem Blick. Deshalb: Jetzt ist keine Zeit für Schuldzuweisungen! Wir waren uns hier in Niedersachsen grundlegend einig. Auch Wahlkampfgetöse hilft hier nicht weiter. Es muss um das Ringen um eine vernünftige, gute und tragfähige Lösung gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben gemeinsame, gute Vorgaben gemacht. Frau Helmhold, mir ist kein Widerruf bekannt.

Insofern muss ich sagen, dass die Beschlüsse eigentlich Bestand haben. Insofern sind neue Beschlüsse nicht erforderlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Sinne weiß ich: Insgesamt ist auch dieses Thema bei unserer Landesregierung in besten Händen.

Vielen Dank.

